

Niedersachsens LINKE verjüngt und optimistisch

Zu einer deutlichen Verjüngung des Landesvorstands der LINKEN in Niedersachsen hat der am Wochenende zu Ende gegangene Landesparteitag in Emden geführt.

Wie die mit über zwei Drittel der Stimmen in ihrem Amt bestätigte Vorsitzende Giesela Brandes-Steggewentz (61) am Montag mitteilte, sind 10 der insgesamt 24 Mitglieder neu im Vorstand – „durch die Bank weg junge Frauen und Männer um die oder unter 30 Jahre“. Damit bilde sich „der rasante Mitgliederzuwachs der letzten Jahre“ auf jetzt knapp 3500 auch im wichtigsten politischen Leitungsgremium ab.

Einen Wechsel gab es auch beim männlichen Teil der Doppelspitze, wo nun Manfred Sohn (55) an Stelle von Diether Dehm (60) tritt sowie bei der Landesgeschäftsführung, die künftig von Maren Kaminski (31) geleitet wird.

Inhaltlich befasste sich der Parteitag vor allem mit den bevorstehenden Kommunalwahlen im September 2011. Als erste Partei verabschiedeten sie unter dem Motto „Gemeinde ist unser Zuhause – Kein Fraß für Finanzhaie“ ein detailliertes kommunalpolitisches Rahmenwahlprogramm. „Auf dieser Grundlage entstehen nun die örtlichen Wahlprogramme. Wir werden dafür sorgen, dass Schluss ist mit der Privatisierung von Krankenhäusern und dem Schließen von Schwimmbädern. Unsere Dörfer und Städte brauchen mehr Anteile an den Steuern als bisher – nur so lässt sich die Demokratie vor Ort



Die Vorstandsmitglieder (von links nach rechts): Bastian Zimmermann, KV Wolfsburg; Rezzak Yayar, KV Hannover; Yilmaz Kaba, KV Celle; Marianne König, MdL, KV Osna-brück; Julia Focks, KV Göttingen; Hans-Georg Hartwig, KV Braunschweig; Jutta Meyer-Siebert, KV Hannover; Walter Gruber, KV Salzgitter; Michael Ohse, KV Goslar; Herbert Behrens, MdB, KV Osterholz-Scharmbeck; Giesela Brandes-Steggewentz, KV Osna-brück; Edmond Worgul, KV Gifhorn; Manfred Sohn, KV Peine; Michèl Pauly, KV Lüne-burg; Hannelore Profus, KV Goslar; Petra Schmitz, KV Lüchow-Dannenberg; Sören Hartmann, KV Schaumburg; Maren Kaminski, KV Hannover; Viktoria Kretschmer, KV Nien-burg; Monika Popien, KV Nienburg.

*Auf dem Foto fehlen: Heike Boldt, Anja Kindo, Franziska Steltenkamp-Wöckel und Eike Schölgens
Bild: Achim Meyer Heithuis*

stärken!“, erläuterte der neu gewählte Landesvorsitzende Sohn die Kernaussagen dieses Rahmenprogramms.

Auf einer Pressekonferenz am Montag zeigten sich beide Vorsitzenden optimistisch, dass der Schwung des Emdener Parteitags zu einer erheblichen Steigerung der Mandate in den Kommunen führen werde. „Wir haben jetzt 142 Mandate“, erläuterte Brandes-Steggewentz, „und sind uns völlig sicher: Nach dem 11. September werden es hunderte sein – vielleicht kriegen wir es ja sogar vierstellig hin.“ Die Partei werde sich dabei weit öffnen auch für Menschen ohne Parteibuch, die auf ihren Listen kandidieren wollten: „Alle, de-

ren Herz links schlägt und die den Aussagen in unserem Wahlprogramm zustimmen, sind herzlich eingeladen, ab September der sozialen Gerechtigkeit in unseren Städten und Dörfern eine kräftige Stimme zu verleihen.“

Der 24-köpfige Landesvorstand setzt sich neben den Landesvorsitzenden und der Landesgeschäftsführung und dem Landesschatzmeister Edmond Worgul, KV Gifhorn und der stv. Landesschatzmeisterin Hannelore Profus, KV Goslar, aus 19 Beisitzerinnen und Beisitzern zusammen.

*Giesela Brandes-Steggewentz,
Manfred Sohn und Maren Kaminski*

Aus dem Inhalt:

Seite 2: Rahmenwahlprogramm

Seite 3: Frauenplenum plant Landnahme

Seite 5: Programmkonvent

Seite 7: Hähnchenmast

Seite 9: Zuckerbrot und Peitsche

Seite 12: Castor? Schottern!

Seite 15: Wichtige Termine

Seite 16: Adressen der Kreisverbände

> Editorial

Der linke Landesparteitag ist gelungen. Wegen seiner Länge! Es gab ausreichenden Raum sich mit Genossinnen und Genossen auszutauschen, die man sonst nur sehr selten persönlich sieht. Es war ein anregender und friedlicher Austausch. Diether Dehms Abschiedsrede als Landesvorsitzender brachte es auf den Punkt: wenn wir aufhören, unsere Eitelkeiten zu pflegen und uns drauf besinnen, gemeinsam stark zu sein, werden wir stark in die Kommunen einziehen können. Wenn wir unsere Meinungsverschiedenheiten mit dem aussprechen, mit dem wir diese haben und es dann gut sein lassen.

Darum lasst uns unsere Gemeinsamkeiten suchen statt die Unterschiedlichkeiten zu pflegen. Inhaltliche Diskussion ist gut, solange niemand dabei persönlich angegriffen wird.

In diesem Sinne wünscht die Redaktion allen Leserinnen und Lesern ein friedliches Weihnachtsfest und einen guten Rutsch in das neue Jahr. Auf dass wir alle Energie tanken können, um die Welt auch im nächsten Jahr gemeinsam etwas gerechter zu machen; und uns nicht entmutigen lassen von den Umständen.

eh

Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Die Partei hat diskutiert, knapp 100 Änderungsanträge bearbeitet und einvernehmlich das Rahmenwahlprogramm verabschiedet. Damit sind wir allen anderen Parteien voraus.

So gerüstet kann die Partei DIE LINKE zur Kommunalwahl 2011 antreten. Das Rahmenwahlprogramm muss noch auf die lokalen Besonderheiten runter gebrochen werden. Das ist nun Aufgabe der Kreis- und Ortsverbände, um die lokalen Wahlprogramme auszuarbeiten. Hierbei wird

Erster Erfolg: Niedersächsischer Landesparteitag beschließt Rahmenwahlprogramm

es darauf ankommen, frühzeitig auch Kräfte außerhalb der Partei in die Diskussion einzubeziehen, um ihre Meinung zu hören, aber auch mit dem Ziel, sie als Kandidatinnen und Kandidaten für unsere offenen Listen zu gewinnen.

Was sind nun unsere wichtigsten Botschaften? Im Vorwort hatten wir geschrieben:

„Wir wollen die Kommunen wieder neu erfinden. Sie gehören zu einer Gesellschaft, in der alle Zeit (und Muße) haben, in allen Bereichen des Lebens, die das Menschsein ausmachen, tätig zu sein: bei radikal verkürzter Erwerbsarbeit in der Sorgearbeit für Mensch und Natur, in der Arbeit an der eigenen (kulturellen) Entwicklung und im politischen Engagement. Unsere Vision ist die solidarische Bürgerkommune, wo Bürgerinnen und Bürger die Freiheit gewinnen, ihr eigenes Leben zu bestimmen. Dies beginnt im Alltag mit den tagtäglichen Problemen vor Ort. Vorrangig stellt sich hier die soziale Frage und dafür ist DIE LINKE kompetent.“

DIE LINKE formuliert die Alternativen für eine soziale, ökologische, feministische und solidarische Politik. Sie tritt dafür ein, dass in unseren Städten und Gemeinden niemand in die soziale Isolation gedrängt wird. Für alle muss gleiche soziale, kulturelle und demokratische Teilhabe gesichert werden. Jeder Mensch braucht Zeit für sich.“

Diese Grundsätze konkretisieren wir:

- Demokratisierung der Kommunen, Transparenz („gläsernes Rathaus“) und stärkere Bürgerbeteiligung („Bürgerhaushalte“).
- Für Gesamtschulen. Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein.

- Allgemeiner Zugang zur Daseinsvorsorge. Keine Privatisierungen öffentlicher Einrichtungen.
- Wir treten gegen Hartz IV ein und haben die Interessen von Menschen im Blick, die von der neoliberalen Politik der sozialen Kälte besonders hart betroffen sind.
- Gesundheit ist keine Ware, Kultur darf nicht dem Kommerz zu Füßen gelegt werden.
- Beschäftigungspolitik bedeutet mehr öffentliche Investitionen, besseres Einkommen für die unteren Lohngruppen, geförderte Beschäftigungsverhältnisse statt 1-Euro-Jobs.
- Planungen müssen vom Gemeinwohl bestimmt sein, nicht von Konzerninteressen oder von Grundstücksspekulanten diktiert.
- Grundrecht auf Mobilität. Erneuerbare Energien und Kraft-Wärme-Koppelung müssen durchgesetzt werden.
- Unsere Politik ist antirassistisch. Wir treten den Neonazis entgegen. Wir wollen den Anfängen wehren.
- Wir treten für Geschlechtergerechtigkeit ein. Wir unterstützen die Interessen abhängig beschäftigter Frauen und ihre Arbeitskämpfe.

Wir sagen auch, wie unsere Forderungen finanziert werden können. Vorrangig ist, dass die Kommunen wieder einen höheren Anteil am Kuchen des Gesamtsteueraufkommens erhalten, was z. B. durch die von uns geforderte Verbreiterung der Gewerbesteuer auf alle Unternehmer möglich ist. Die Reichen müssen mehr zahlen. Das können sie aber auch.

Hans-Henning Adler, Mitglied der Antragskommission, Fraktionsvorsitzender im Landtag (gekürzt - raj)



Da war noch mehr – weitere beratene Anträge des Landesparteitages

Den Auftakt der Antragsberatung machte eine ausführliche Debatte über die Aufgaben des Landesverbandes bis 2013. Neben den zu bestreitenden Wahlkämpfen wurde hervorgehoben, dass der neue Landesvorstand mit allen Kräften darauf hinwirken muss, dass unser bereits im November 2009 verabschiedeter „Wortbeitrag zur Programmdebatte“ in die Diskussion um das bundesweite Parteiprogramm einfließt. In diesem Zusammenhang wurde bekräftigt, dass unser Landesverband sich deutlich in der Frage zu öffentlichem Eigentum positioniert hat: Verstaatlichung der Rüstungsindustrie, Verstaatlichung der Finanzdienstleistungsindustrie entsprechend der Verfasstheit der Sparkassen, Kommunalisierung der Energieversorger und kommunalen Daseinsfürsorge sowie der Krankenhäuser, Vergesellschaftung der Verkehrs- und Energienetze. Mit unserem Wortbeitrag haben wir bereits einge-

fordert, die Fragen der Geschlechtergerechtigkeit nicht beiläufig in einzelnen Kapiteln abgehandelt zu wissen. Nach unserer Auffassung greift der Begriff Arbeit, der lediglich die Erwerbsarbeit meint, zu kurz. Wir wollen eine gleiche Verteilung aller Aufgaben – Erwerbsarbeit, Sorgearbeit, Kulturarbeit und die Arbeit der persönlichen Entwicklung, auf beide Geschlechter.

Die Delegierten entsendeten ihre ausdrückliche Solidarität mit der streikenden Belegschaft bei der Atlas Maschinenbau GmbH in Delmenhorst. Während der Anreise zu unserem Parteitag machte Klaus Ernst in Delmenhorst halt und sprach den Streikenden seine Unterstützung aus.

Der Landesparteitag bekannte sich zum Antifaschismus als Grundpfeiler unserer Politik. Der Kern des Schwurs von Buchenwald „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Lösung. Der Aufbau einer neuen Welt des

> Schwerpunkt



Auf der Kundgebung im weihnachtlichen Stadtpark in Emden heizte die Band BOTS den anwesenden Delegierten und Zuschauern schon mal richtig ein.

Bild: Heiko Moll

Friedens und der Freiheit ist unser Ziel“ bestimmt unser Handeln. Daher ruft der Landesverband alle Mitglieder und SympathisantInnen auf, sich an der Demonstration zum Gedenken an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in Berlin am 9. Januar 2011 zu beteiligen. *Maren Kaminsk*

Die unaufhaltsame Landnahme: Frauenpolitik auf dem Parteitag in Emden

Zwei Stunden vor dem Beginn des Parteitages eröffnete Giesela Brandes-Stegge die Versammlung der weiblichen Delegierten und begrüßte Cornelia Möhring, frauenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion. In ihrem Grußwort wartete Cornelia mit dickem Lob für die frauenpolitische Arbeit des Landesvorstandes auf: wie in keinem anderen Kommunalwahlprogramm in DIE LINKE sei es uns gelungen, LINKE feministische Positionen als (lila)roten Faden durch das Programm zu ziehen.

Im Zentrum der Aussprache über den frauenpolitischen Bericht des Landesvorstandes stand die Herausforderung, im Hinblick auf die Kommunalwahl viel mehr Frauen zu überzeugen, sich in DIE LINKE zu engagieren und für ein Mandat zu kandidieren. Begrüßt wurde das gemeinsame Agieren von LISA und Landesvorstand.

Am Ende standen zwei Initiativanträge für den Parteitag: Erstens die Ergänzung des Kommunalwahlprogramms um ein Kapitel, mit dem wir die Lebenssituation von homo- und transsexuellen Menschen solidarisch in unsere Politik einbeziehen (eingebracht von Sabrina Vache) und zweitens der Antrag auf

ein angemessenes Budget für einen Frauenwahlkampf auch auf Landesebene.

Der Parteitag begann für die Frauen in Aufbruchsstimmung und endete mit einem Wermutstropfen: Der 15min. Bericht aus dem Frauenplenum von Jutta Meyer-Siebert erfuhr konzentrierte und wohlwollende Aufmerksamkeit der Delegierten. Die Parteitagsregie hatte ihn frauensolidarisch vor die Rede des Parteivorsitzenden Klaus Ernst gelegt. In den Antragsberatungen konnte die Ergänzung des Wahlprogramms um das Kapitel zur Solidarität mit Homo- und Transsexuellen durchgesetzt

werden. Keine Unterstützung erfuhr eine Extrabudgetierung des Frauenwahlkampfes. Aber auch das war eine Erfahrung, die uns klüger macht für den künftigen Einsatz unserer strategischen Mittel.

Resümee: Die Frauen bestimmen die LINKE Politik in Niedersachsen immer unübersehbarer mit und verändern sie dabei. In der hannoverschen Presse wurde DIE LINKE als Partei von „Feministinnen und Hartz IV Empfängern“ gekennzeichnet – das war sicher nicht freundlich gemeint, aber immerhin!

Jutta Meyer-Siebert



> Aus dem Landesverband

15.000 Menschen demonstrierten in Hannover

Rund 15.000 Demonstrantinnen und Demonstranten beteiligten sich in Hannover an der Demonstration des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Für einen gesetzlichen Mindestlohn, gegen die Rente erst ab 67, für eine Vermögensteuer und gegen das Kürzungsprogramm der Bundesregierung protestierten am 6. November Menschen aus Niedersachsen, Bremen und Sachsen-Anhalt.

DIE LINKE unterstützte die gewerkschaftlichen Proteste sichtbar und präsentierte die Partei mit Transparenten und vielen Fahnen. Hartmut Meine, Bezirkslei-

ter der IG Metall, begrüßte in seiner Rede die (scheinbare) Abkehr der SPD von der Rente erst ab 67. In Wirklichkeit will die SPD erst einmal abwarten, wie sich das mit der Zahl der älteren Beschäftigten in den Betrieben entwickelt. Nur DIE LINKE fordert das Ende des Rentenkürzungsgesetzes und will es im Bundestag kippen.

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer geißelte die Politik der Bundesregierung gegen die Interessen der Mehrheit der Menschen im Land. Er wagte aber auch die These vom Aufschwung durch Lohnverzicht: „Ohne die Opfer der Arbeitneh-

merschaft, ohne die vielfältigen Initiativen der Betriebsräte, ohne das Engagement der Gewerkschaften hätten wir heute keinen Aufschwung,“ sagte Sommer.

Ebenso kritisierte er die Manager als Krisenverursacher: „Es ist der eigentliche Skandal unserer Zeit, dass diejenigen, die uns mit ihrer grenzenlosen Gier in diese Krise gestürzt haben, sich heute wieder ungehemmt die Taschen füllen können – weil die Politik ihnen nicht in den Arm fällt, sondern im Gegenteil, sich ihren Interessen beugt.“ Gierige Manager weg, Krise weg?
Herbert Behrens

Wendland: Castor-Proteste sind gelebte Demokratie!

Der Widerstand gegen den Castor ist lebendige Kultur einer ganzen Region und findet massenhafte Unterstützung. 50.000 Menschen kamen zur Demo nach



Auch Dorothee Menzner, energiepolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion und Obfrau der LINKEN im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss Gorleben, war mit ihrem Team die ganze Woche vor Ort.

Dannenberg, darunter auch Gregor Gysi. Tausende blieben und trugen mit ihrem Engagement dazu bei, dass der Castor nur im Schnecken-tempo voran kam. Die Anti-AKW-Bewegung lebt, alle Generationen sind in ihr vertreten.

Gegen den Castor zu protestieren heißt auch, für eine neue Energiepolitik einzutreten: Für sauberen Strom, der keinen Krebs erzeugt, wie der Atommüll in der Asse. Für eine saubere Politik, die nicht einigen wenigen Konzernen milliardenschwere Gewinne zuschanzt und dabei in Kauf nimmt, den Jobmotor der regenerativen Energien abzuwürgen und den Technologiestandort Deutschland zu gefährden.

Die schwarz-gelbe Energiepolitik kann nur noch mit einem Rekordaufgebot an Polizisten durchgesetzt werden. Auch wenn die Polizei um Deeskalation bemüht war, konnte man beobachten, wie der

Staat prügelnde Polizisten deckt, die mit Schlagstöcken und Pfefferspray Grundrechte verletzen. Polizisten, die selbst gegen Atomstrom sind und sich im Wendland quasi ihren Kindern gegenübersehen, waren sichtbar in Gewissensnöten.

Der Castor-Protest ist ein Zeichen gelebter Demokratie. Alle, die dabei waren, haben sich um das Gemeinwohl verdient gemacht, dafür gebührt ihnen unser Dank. DIE LINKE war als Teil der Bewegung mit vielen Menschen und großem Einsatz vor Ort, helfend dort, wo Hilfe benötigt wurde, zum Beispiel als parlamentarische Beobachter, beim Shuttle-Dienst für Demonstranten und beim Verteilen von heißen Getränken und Decken. Die nächsten Castoren sind angekündigt. So werden wir auch am 11. Dezember wieder Teil des Protestes sein – diesmal in Greifswald.

Dorothee Menzner

Volksbegehren für gute Schulen läuft bis zum 2. Mai 2011



Der Landeswahlleiter hat den Stichtag für die letztmögliche Abgabe von Unterschriften für das Volksbegehren bekannt gegeben: bis zum 2. Mai können Unterschriften bei den zuständigen Meldeämtern eingereicht werden. Damit läuft das Volksbegehren ein halbes Jahr länger als ursprünglich angenommen. Das gibt uns die Möglichkeit, auch auf Weihnachtsmärkten die Unterschriftenbögen unterschreiben zu lassen. Der Druck auf die Landesregierung muss weiter erhöht werden. Das Vor-

haben der Landesregierung, eine Schulstrukturreform mit der Einführung der neuen Oberschule anzugehen, ist sicher auch ein Ergebnis der massiven Forderung nach weiteren Integrierten Gesamtschulen. Die Möglichkeit der Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen zeigt, wie sehr die Landesregierung an der Gliederung des Schulsystems festhält.

Mittlerweile haben die InitiatorInnen des Volksbegehrens Klage beim Niedersächsischen Staatsgerichtshof in Bückeburg ein-

gelegt. Sie werfen der Landesregierung vor, unverhältnismäßig in die Durchführung des Volksbegehrens einzugreifen.

Zur Unterstützung der Klage, für die Durchführung von öffentlichen Aktionen und die Versendung von Infomaterial benötigt das Volksbegehren dringend weitere finanzielle Unterstützung.

Spenden werden auf das Konto 923028 bei der Sparda-Bank Hannover, BLZ 250 905 00 unter dem Vermerk „Bündnis Schulen“ erbeten.
Maren Kaminski

Der Programmkonvent war ein Erfolg

Viele Genossinnen und Genossen trafen sich am 7. November in Hannover zu unserem Programmkonvent. Klaus Ernst und ich haben uns sehr gefreut über den großen Andrang und das große Interesse an der Diskussion um unseren Programm-entwurf. Sowohl im Plenum als auch in den acht Arbeitsgruppen ist sehr solidarisch, sehr konstruktiv, sehr auf Lösungen orientiert diskutiert und kultiviert gestritten worden. Ein Vorteil der Veranstaltung war, dass wir keine Beschlüsse fassen mussten. Vielleicht wäre es dann nicht ganz so entspannt zugegangen.

Wichtig war uns, mit diesem Konvent die interne Debatte nach außen zu öffnen, den Programmentwurf in die öffentliche Diskussion zu geben. In den Fragen, die unserer Partei besonders am Herzen liegen – Solidarität, Gerechtigkeit, Frieden –, gab es eine ganz große Übereinstimmung. Natürlich bleiben aber auch Diskussionspunkte, die wir klären müssen.

Ich bitte aber zu bedenken: Es ist ein Unterschied, ob wir ein Parteiprogramm erarbeiten oder ob Partner einen Koalitionsvertrag aushandeln. Ein Grundsatzprogramm legt Grundsätze fest. Ein Koalitionsvertrag mit all seinen Details und regionalen Unterschieden kann in einem Parteiprogramm nicht abgebildet sein.

Unser Wunsch, den wir mit dem Programm verbinden, erfüllt sich mehr und mehr: Wir zeigen, dass wir eine praxisnahe Partei sind, dass wir die Menschen in ihren ganz alltäglichen Problemen unterstützen, dass wir uns nicht abstrakt in dieser Gesellschaft bewegen, sondern sie im konkreten Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern zu verändern, zu verbessern versuchen. Wir wollen, dass die Dinge, die sich jeder Mensch für das eigene Leben vorstellt und wünscht, nämlich angstfrei, kulturvoll und glücklich zu leben, auch umgesetzt werden können.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich



bitte Euch: Lasst uns gemeinsam unsere Energie in die Erarbeitung konkreter Vorschläge und Lösungen stecken und uns nicht im „Entweder – Oder“ verlieren. Ich bin sicher, wir schaffen das.

Gesine Löttsch

„Teilzeitarbeit für alle!“ Die revolutionäre Kraft der Arbeitszeitverteilung: 4 in 1

Wir brauchen einen neuen Begriff von Arbeit als (re)produktive menschliche Kraft. Die Arbeiten und die Arbeitszeiten zwischen den Geschlechtern sind ungerecht verteilt. Während die meisten Männer Vollzeit (ca. 40 Wochenstunden) einer bezahlten Erwerbsarbeit nachgehen, arbeiten die meisten Frauen Teilzeit (ca. 20 Stunden) in Berufen und Positionen, die meist schlechter bezahlt werden. Die ungleiche Verteilung der Arbeit auf vollbeschäftigte Männer, teilzeitbeschäftigte Frauen und arbeitslose Frauen und Männer ist ungerecht. Würde die vorhandene Arbeit auf alle gleich verteilt werden, gäbe es eine Vollbeschäftigung mit einer 30-Stunden-Woche. Die Forderung muss also lauten: 30 Stunden für alle!

Die weitere Entwicklung der Produktivkräfte wird eine noch radikalere Arbeitszeitverkürzung ermöglichen, so dass die 20-Stunden-Woche noch in diesem Jahrhundert erreichbar sein wird. Der Kapitalismus wird sich dagegen mit aller Kraft wehren. DIE LINKE weist mit der Forde-

rung nach radikaler Arbeitszeitverkürzung für alle den Weg hin zum Sozialismus. Die weitergehende Forderung muss also lauten: Teilzeitarbeit für alle! Darin wird ausgedrückt, dass DIE LINKE das „Recht auf Faulheit“ (Paul Lafargue) und damit den Weg ins „Reich der Freiheit“ (Karl Marx) programmatisch vertritt. Aber auch die Verkürzung der (Erwerbs-)Arbeitszeit ist noch nicht emanzipativ genug. Wenn wir uns die Frage stellen, wie wir leben wollen, was der Sinn des Lebens ist, dann müssen wir uns über eine neue sozialistische Lebensweise Gedanken machen. Wir müssen das ganze Leben demokratisieren bzw. revolutionieren: Erwerbsarbeit, „Familien“arbeit (Hausarbeit, Betreuung und Pflege u.a.), Gesellschaftsarbeit (Politik, Ehren- bzw. Freiwilligenarbeit u.a.) und individuelle Selbstentfaltung (kreative, kulturelle, sportliche u.a. Freizeitgestaltung) dürfen nicht mehr voneinander getrennt betrachtet werden. Jeder dieser vier Lebensbereiche soll zukünftig vier Stunden täglich beanspruchen (4in1-Perspektive),



so dass der Erwerbsarbeitstag auf 4 Stunden verkürzt wird und somit genügend Zeit für die anderen Lebensbereiche übrig bleibt. Voraussetzung ist aber die Überwindung der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern. Die Männer müssen einen gleichen Beitrag zur „Familien“arbeit leisten wie die Frauen. Die Frauen sollen genauso an der Politik beteiligt werden wie die Männer. *Karsten Färber*

Prozess geplatzt

Der Prozess gegen den linken Landtagsabgeordneten Patrick Humke-Focks wegen angeblichen „Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte“ am Amtsgericht Hannover ist geplatzt. Grund dafür ist die Immunität des Abgeordneten, weil er zum Zeitpunkt des Strafbefehlserlasses Mitglied der Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten gewesen ist. Im Gegensatz zu seiner Immunität als Landtagsabgeordneter wurde die Immunität als Mitglied der Bundesversammlung nicht aufgehoben. Die zuständige Richterin brach deshalb die Verhandlung ab und setzte einen neuen Prozesstermin fest. Patrick Humke-Focks hatte auf einer Demonstration gegen den Bildungsabbau vor dem hannoverschen Landtag vor etwa zwei Jahren versucht, deeskalierend auf die gespannte Situation zwischen Demonstranten und Polizeibeamten einzuwirken. Mehrere Polizeibeamte wollen gegen ihn aussagen, obwohl Filmaufnahmen beweisen, dass die Beschuldigung nicht den Tatsachen entspricht. Gegen einen entsprechenden Strafbefehl hatte der Landtagsabgeordnete deshalb Widerspruch eingelegt.

Der Internationale Aktionstag zum Schutz von Frauen und Mädchen gegen Gewalt feiert in diesem Jahr seinen 19. Geburtstag. Aber Grund zum Feiern haben viele Frauen und Mädchen in unserem Land nicht.

Frauen werden noch allzu oft von Männern erniedrigt, gedemütigt, geboxt, gewürgt, mit dem Kopf gegen die Wände gestoßen oder Treppen hinuntergestoßen. Die Bandbreite der Gewalt ist groß. Die Gewalt gegenüber Frauen ist unabhängig von Bildungstand, Alter, Nationalität und Religion. Sie ist überall anzutreffen.

Wir müssen hinterfragen, wo beginnt die häusliche Gewalt? Gewalt hat viele Gesichter. Haben die Wirtschaftskrise und Kürzungen von Leistungen auch Auswirkungen auf die Gewalt gegenüber Frauen?

Es sind überwiegend Frauen, die nach Kündigung und Ablauf des Arbeitslosengeldes an den Ehemann zurückgegeben werden.

Und in unserer Gesellschaft hat sich das Recht auf das Eigengeld der Ehefrau immer noch nicht durchgesetzt. Diese

Oberschule ist keine Lösung!

Die Oberschule soll es nun also richten. Kultusminister Bernd Althusmann präsentiert diese neue Schulform als Antwort auf die anhaltenden Elternproteste und den demographischen Wandel.

Mit dieser Antwort liegt er jedoch vollkommen falsch. Nach den bisherigen Ankündigungen ist die Oberschule nicht viel mehr als eine Kooperation zwischen Haupt- und Realschule, in Einzelfällen auch mit gymnasialem Zweig. Echte Durchlässigkeit und wirkliches gemeinsames(!) Lernen, wie es DIE LINKE immer wieder fordert, passiert in der Oberschule nicht. Die Oberschule soll vielmehr das gegliederte Schulsystem retten und die Mauern um das Gymnasien belassen.

Die Landtagsfraktion hat dies von Beginn an klar gemacht, der Landesparteitag im Emden hat diese Position mit einer Resolution untermauert. Doch eines muss klar sein: Der Druck auf die Schulträger

und unsere kommunalen Mandatsträger wird immens sein, Oberschulen zu gründen.

Der Grund dafür ist klar: Regierungspropaganda. Minister Althusmann will schnell verkünden können, dass die Oberschulen gut angenommen werden und sich daraus ein Argument basteln, den Ausbau von Integrierten Gesamtschulen als überflüssig darzustellen. Dies ist das schulpolitische Pfund, mit dem er im Kommunalwahlkampf wuchern will.

DIE LINKE muss deutlich machen, dass die Oberschule keine Lösung für die Probleme der Schulstruktur ist, sondern nur alter Wein in neuen Schläuchen.

Wir machen bei dieser Mogelpackung nicht mit, sondern kämpfen weiter für Integrierte Gesamtschulen.

Christa Reichwaldt, bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Landtag.

Gewaltlos – Gewalt(ihr)Los – Nein!



Bild: Linksfraktion beim Internationalen Aktionstag zum Schutz von Frauen und Mädchen

Frauen werden diskriminiert und erniedrigt. Sie müssen teilweise um Geld betteln, um eigene Bedürfnisse zu erfüllen und schweigen oftmals, um häuslicher Gewalt auszuweichen.

Aus diesem Grund ist es wichtig, für ein Grundeinkommen einzutreten. Keine Frau, kein Mädchen darf durch Abhängigkeit erniedrigt und gedemütigt werden. Frauen benötigen Schutzräume, um häuslicher Gewalt auszuweichen. Deshalb ist die For-

derung nach einer bundesweit einheitlichen Finanzierung der Frauenhäuser und einem ungehinderten Zugang für alle betroffenen Frauen und deren Kinder, unabhängig von sozialer und ethnischer Herkunft unabdingbar.

Die Frauen unserer Partei haben an diesem Tag an verschiedenen Orten Gesicht gezeigt und ihre Forderung in Diskussionen eingebracht: Keine Gewalt gegen Frauen!
Marianne König

Ostfrieslandschau ein voller Erfolg für DIE LINKE. – Dank guter Zusammenarbeit

Gemeinsam haben die beiden Kreisverbände Aurich und Leer DIE LINKE. neun Tage lang auf der Ostfrieslandschau präsentiert. Es waren rundum gelungene Tage und ein Riesenerfolg für DIE LINKE.

Über 26 000 Zeitungen und jede Menge zusätzliche Infomaterialien haben wir an die fast 90.000 Besucher verteilt und viele, viele gute Gespräche mit den Bürgern geführt. Aktionen wie das Ausschneiden von „fairer“ Milch gemeinsam mit Vertretern des Bundes der Milchviehhalter an Bürger und Kinder und das Kinderschminken fanden viel positive Resonanz. In ausführlichen Gesprächen konnten wir auch eine weitere Zusammenarbeit mit dem Bund Deutscher Milchviehhalter vereinbaren und viele weitere Kontakte knüpfen.

Wir haben von den Bürgern derart viel Lob und Zuspruch erhalten, dass die an-

deren Parteien es bereut haben, sich nicht ebenfalls dort präsentiert zu haben.

Sie hatten uns das Feld alleine überlassen, und wir haben diese Chance genutzt.

Wir danken unseren Bundes- und Landtagsabgeordneten und unserer Landesvorsitzenden, die uns tatkräftig durch ihre Anwesenheit unterstützten und uns die Fraktionsbusse des Landes- und des Bundestages zur Verfügung stellten ebenso, wie einigen Mitgliedern aus den Kreisverbänden Wilhelmshaven und Wittmund, die uns ebenfalls unterstützt haben.

5 Neueintritte in vier unterschiedliche Kreisverbände zeigen die überregionale Bedeutung der Ostfrieslandschau. Das alles war nur möglich, weil die Mitglieder der Kreisverbände Leer und Aurich längst begriffen haben: nur gemeinsam sind wir stark!

bs

> Aus den Kreisverbänden



Regen Andrang bei der Ostfrieslandschau – Foto: Blanka Seelgen

Es stinkt im Peiner Land!

Die Menschen in und um Peine fürchten einen Hähnchen-Maststall-Boom, etwa wie es im Emsland gegeben ist. Allein in den Landkreisen Peine und Wolfenbüttel

sind derzeit sieben Hähnchen-Mastanlagen geplant.

Nach mehreren Protestaktionen von Bürgerinitiativen, an denen sich auch DIE

LINKE beteiligte, gegen den Bau solcher Anlagen wurden dem Landrat ca. 1.100 Unterschriften übergeben. Daraufhin hat der Peiner Kreistag im September 2010 mehrheitlich eine Resolution gegen Hähnchen-Mastanlagen beschlossen.

Verboten kann die Kreisverwaltung eine Mastanlage nur dann, wenn nicht alle erforderlichen Vorgaben von Seiten der Betreiber erfüllt werden. Fast ein Jahr hat die Verwaltung „nach bestem Wissen und Gewissen“ geprüft, aber auch die Gegenargumente abgewogen. Für Investoren sicher eine endlose Zeit, für die Gegner ist sie viel zu schnell vergangen.

Jetzt hat die Peiner Landkreisverwaltung für vier Anlagen die Genehmigungen als Verwaltungsentscheidungen erteilt. Die nun genehmigten Hähnchenmastställe zeigen, dass die Politiker vor Ort wenig Entscheidungshoheit besitzen. Fazit: die entsprechenden Gesetze können nur auf EU-, Bundes- und Landesebene geändert werden. Das ist der Auftrag an unsere Abgeordneten in den jeweiligen Parlamenten.

Der Widerstand vor Ort wird fortgesetzt, auch mit Unterstützung der LINKEN.

Wolfgang Lächelt



Demonstration gegen die geplanten Hähnchenmastanlagen im Landkreis Peine durch die Fußgängerzone in Peine. – Foto: Nanni Rietz-Heering

Kommunalpolitische Konferenz – lebhafte linke Diskussion

Am 18. September folgten etwa 130 politisch in den Kommunen Aktive im Haus der Region in Hannover der Einladung der niedersächsischen Linksfraktion. Manfred Sohn eröffnete die Tagung mit zwei Papierdreiecken, die das Missverhältnis der Finanzverteilung und der Aufgabenwahrnehmung zwischen Bund, Länder und Kommunen darstellen sollten.

Stefan Müller (DIE LINKE., Regionsparlament Hannover), forderte in seiner Begrüßung, privatisierte Leistungen Öffentlicher Daseinsvorsorge zu rekommunalisieren – so z. B. Krankenhäuser. Die Kommunen könnten mit ihren Stadtwerken Energiekonzernen entgegen wirken. Sozialtickets im

Öffentlichen Personennahverkehr können unsoziale Fehlentscheidungen der Bundespolitik zumindest teilweise aufheben.

Cornelia Rundt vom Vorstand des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes forderte einen 20 % höheren Regelsatz bei Hartz IV. Die Verschuldung der Arbeitslosengeld II-Bezieher ist dramatisch angestiegen, die Jobcenter verwalten inzwischen 1,1 Mio Darlehen. Sie kritisierte die Kommunalisierung der Behindertenhilfe, und sah darin vor allem den Versuch der Landesregierung, sich von sozialen Kosten zu entledigen. Haiger Scholz vom Niedersächsischen Städtetag, der größere und mittlere Kommunen vertritt, wies auf die wirt-

schaftliche und bevölkerungsmäßige Ungleichentwicklung in verschiedenen Regionen Niedersachsens hin. Im Harz zum Beispiel, wo die Bevölkerung seit 1990 um 30 % geschrumpft ist, sind Fragen wie Sicherung der Schulversorgung in der Fläche, der Gesundheits- und Ärzteversorgung, die Gewährleistung des Öffentlichen Nahverkehrs aber auch der Vorhaltung von genügend Schneepflügen akut. Scholz wandte sich gegen eine Abschaffung der Gewerbesteuern.

Dr. Patrick Schreiner, DGB Niedersachsen, warnte davor, dass bundesweit 2011 mit einem Steuerminus von 9 Mrd. Euro bei den Kommunen rechnen ist. Er zog das Fazit, dass die Krise eine extreme Belastung der öffentlichen Haushalte durch sinkende Einnahmen und steigende Ausgaben (z. B.: Konjunkturpakete) mit sich bringt. Die finanzielle Basis der öffentlichen Haushalte sei durch Steuersenkungen seit Jahren erodiert. Die niedersächsischen Kommunen haben kein Ausgabeproblem, sondern ein Einnahmeproblem, so Schreiner.

Giesela Brandes-Steggewentz wagte einen Blick ins Jahr 2030, der zu lebhafter Diskussion der Anwesenden mit den Referenten beitrug.

Ralf Jürgens

Giesela Brandes-Steggewentz



Wir sind auf dem Fest der MitbürgerInnen in Niedersachsen. Eröffnung durch unzählige StraßenkünstlerInnen. Es beteiligen sich viele Kommunen, Schulen (Ergebnisse aus Projektunterricht), Gewerkschaften und soziale Initiativen. In einem Hearing zur Weiterentwicklung Alternativer Energien tauschen sich kommunale Initiativen aus. Alle Atomkraftwerke sind abgestellt und im Rückbau. Für den Atommüll gibt es immer noch keine Lösung.

● Betriebs- und Personalräte diskutieren miteinander: um die Gestaltung der Arbeit, um Umweltschutz im Betrieb, um die Fortentwicklung der Arbeitszeitverkürzung. Wir sind bei einem 5-Stunden-Tag!

● Jugendverbände zeigen Sketche zur Geschlechterrolle,

● Vätergruppen diskutieren über Erziehungsmodelle,

● die Kids sind in einem großen Kindergarten „auf Tour“.

● Gewerkschaftsfrauen diskutieren Themen wie: Zeit für mich, solidarische Kritik, Abgeben von häuslichen Pflichten...

Deutschland im Jahr 2030

● Kommunen stellen Ergebnisse ihrer BürgerInnen-Beteiligung bei der Aufstellung der kommunalen Haushalte vor. Die Kommunen entscheiden mit bei der Aufteilung des Steueraufkommens (Bund, Länder, Kommunen).

Am Speakers Corner steht eine alte Frau, erzählt über Hartz IV, dies gab es von 2005 bis 2015. Empörung ist bei ihr immer noch zu spüren, über Diskriminierung und Ausgrenzung von Erwerbslosen, über 1-Euro-Jobs und Bürgerarbeit, Trainingsmaßnahmen und die Notwendigkeit von Tafeln vor Ort, wegen des niedrigen Arbeitslosengeldes. Sie soll 2010 Landesvorsitzende der Partei DIE LINKE. Niedersachsen gewesen sein. Heute – 2030 – gibt es für Erwerbslose ein Recht auf Aus- und Weiterbildung, sofort – auch aus Eigeninitiative für die eigene Entwicklung. Unternehmen sind über einen Zukunftstopf Bildung daran beteiligt. Betriebsräte haben dabei volles Mitbestimmungs-

recht. Deshalb werben viele Bildungsträger auch auf diesem Fest für ihre Bildungsprogramme. Wichtig: Für die Übergangszeit zum nächsten Job gibt es ein auf das vorherige Gehalt bezogenes Einkommen. Es gibt einen EU-weiten Mindestlohn, der in Deutschland 15 Euro ausmacht! Am Speakers Corner trifft die Ministerpräsidentin Tina auf Giesela – sie gehen in den Herrenhäusergarten. Dort werden sie von der Nienburger Frauenkommune empfangen. 33 % der MitbürgerInnen stehen dort im Entscheidungsprozess um die Belange der Kommune, um ihr Zuhause.

Zurück in die Wirklichkeit. Dieses Szenario kann Jeder und Jede weiterentwickeln, auch überlasse ich es Ihrer und Eurer Fantasie, wie die politische Konstellation in den Kommunen, auf Landes- und Bundesebene aussieht. Auf jeden Fall sage ich: DIE LINKE. hat gewirkt!

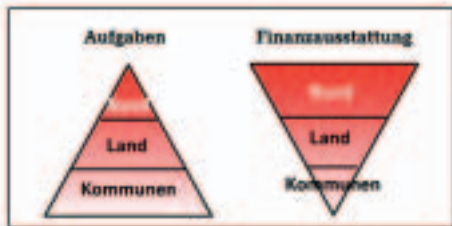
Giesela Brandes-Steggewentz

„Zukunftsvertrag“ – ein Vertrag von Zuckerbrot und Peitsche

> Kommunalpolitik

Die finanzielle Not unserer Kommunen ist hinlänglich bekannt, sprich sehr viele Städte und Dörfer stehen vor dem finanziellen Aus oder anders gesagt kurz davor, dass sie unter finanzielle Zwangsverwaltung gestellt werden.

Die Folge war und ist, dass zahlreiche Kommunen in Niedersachsen weiterhin zahlungsunfähig sind. Deshalb nahmen sie Kassenkredite auf, aber die finanzielle Misere besserte sich nicht, sie verschärfte sich durch die Belastung der daraus resul-



tierenden Zinsen. Der Deutsche Städtetag wies mehrfach in den vergangenen Jahren auf diesen Missstand hin.

Das niedersächsische Innenministerium, unter Federführung des Innenministers Uwe Schünemann, kam auf nachfolgende Idee einer „Entschuldungshilfe“: Die betroffene Kommune schließt einen sogenannten „Zukunftsvertrag“ mit dem Land Niedersachsen ab. Wenn Auflagen erfüllt werden, dann kann die Kommune bis zu 75 Prozent ihrer Kassenkredite, als Entschuldungshilfe vom Land Niedersachsen erhalten.

Ist dies ein Vorgehen, das endlich zur Entschuldung führt?

Bad Gandersheim, ist eine der ersten Kommunen, die diesen Vertrag unterzeichnet hat. Mit welchen Auswirkungen und mit welchen Auflagen? Die Stadt hatte in der Vergangenheit freiwillige Ausgaben in der Höhe von rund 17 Prozent des alljährlichen Haushaltes. Die erste Auflage besagt, dass die freiwilligen Auflagen zusammengestrichen werden „müssen“ – also der Rotstift regiert – auf eine Marge von 3,5 bis 3,9 Prozent. Dies ergab in Bad Gandersheim eine Rotstiftpolitik von 13,1 Prozent. Es dürfe keine weitere Neuverschuldung entstehen. Zugleich gilt es, möglichst alles zu veräußern – also zu privatisieren. Die geplanten Maßnahmen: Abbau der direkten Demokratie, durch die Zusammenstreichung der Fachausschüsse von bisher 9 auf 5. Im kommenden Rat werden die Mandate von 26 auf 20 verkleinert. Die Anzahl der Beigeordneten in

den Fachausschüssen schrumpft ebenfalls erheblich. Sportplätze, Stadion und Bürgerhäuser werden von Vereinen übernommen oder werden veräußert. Hallen- und Freibad wird geschlossen, diese Immobilie ist zu veräußern. Ausbildungs- und Arbeitsplätze werden minimiert. KollegInnen, die wegen Altersteilzeit aufgehört haben, werden nicht ersetzt. Verschärfung der Arbeitsbedingungen der KollegInnen findet statt.

Jugendarbeit: Bolzplätze u. Skateranlage werden „eingemottet“ bzw. werden veräußert. Jugendzentrum geschlossen. Stadtjugendpfleger entlassen. Rückgabe der Jugendarbeit an den Landkreis Northeim.

Soziales: Keine Zuschüsse für die Lebensabendbewegung, keine Aufwandsentschädigung für den Behindertenbeauftragten, kein Zuschuss für die Kleiderkammer.

Privatisierung: Kurhaus, Kurmittelhaus, Haus, wo sich das Jugendzentrum befindet, der städtische Wald, das Hallen- und Freibad usw. werden verkauft.

Kultur: Domfestspiele, Alternative Kulturprojekte finden nicht mehr statt. Schulen, Außenstellen der Grundschulen werden geschlossen.

Eigenbetrieb Bauhof: die Beschäftigtenanzahl wird von 16 auf 3 gemindert, die anfallenden Arbeiten werden privat vergeben.

Diese unvollständige Horrorliste wurde nicht ganz umgesetzt, es lag daran, dass der Ratsherr der LINKEN (Einzelmandatierter) im Rat immer wieder seinen Finger in die vielen Wunden legte und dass er den Rat als Tribüne nutzte. So blieb u.a. der Bereich der Jugend erhalten. Auch die Privatisierungspläne konnten teilweise gestoppt werden. Beispielsweise das Stadion, der städtische Wald und das Hallen- und Freibad wurden nicht veräußert. Für die Betreuung des Hallen- und Freibades gründete sich eine Genossenschaft mit starker Beteiligung der BürgerInnen. Auch der Zuschuss für die soziale Einrichtung „Kleiderkammer“ konnte erhalten bleiben. Die Außenstellen der Grundschulen, sowie der Bauhof in der jetzigen Form wurden im Bestand gesichert. Die Domfestspiele wurden in eine gemeinnützige GmbH überführt, mit Beteiligung der Stadt, des Landkreises und der Kreissparkasse.

Das Land Niedersachsen wird die „Entschuldungshilfe“ nicht in einer Summe zahlen, sondern in 5 Raten, sollte das Land dazu nicht in der Lage sein, muss es für die dadurch entstehenden Zinsen aufkommen.

Des weiteren wird die Stadt, nachdem diese Entschuldungshilfe geflossen ist, (auch bei Teilbeiträgen) keine weiteren Bedarfsmittelzuweisungen durch das Land Niedersachsen erhalten.

Weitere Voraussetzung ist, dass die Stadt binnen kürzester Zeit einen ausgeglichenen Haushalt vorweist. Schon jetzt zeigt es sich, dass dies nicht gelingen wird, mit der Folge, dass die Positionen



Außenstellen der Grundschule und der Bauhof erneut zur Disposition stehen.

Im Übrigen: Mehr als 70 Kommunen stehen schon jetzt in der Warteschleife, um von dieser Entschuldungshilfe zu partizipieren, aber das bei einem jährlichen Volumen im Landeshaushalt von rund 70 Millionen.

Hier wird mit einem Zuckerbrot gelockt (Entschuldungshilfe), aber die Peitsche, die die BürgerInnen trifft, fällt mehr als schmerzlich aus.

Die Losung des Landesparteitages auf Bad Gandersheim übertragen lautet: Bad Gandersheim ist Zuhause – für eine l(i)ebenswerte Kommune“. Die Folgen: die Kommunen, die diese Verträge abschließen, zerschlagen ihre l(i)ebenswerte Infrastruktur – mit starken Defiziten für die BürgerInnen, daraus resultiert das viele – vor allem junge Menschen – die Stadt auf kurz oder lang verlassen werden.

Hier gilt es, im Kommunalwahlkampf den Finger in diese Wunden zu legen, um aufzuweisen, wie bürgerfeindlich die schwarz/gelbe Landesregierung mit diesen Plänen handelt und wie fahrlässig kommunale Mandatsträger handeln, die solche Entwicklung abnicken.

bca

Johanna Voß im Bundestag „Solidarische Ökonomie soll an Bedeutung gewinnen!“

Wie waren deine ersten Tage in Berlin?

Mit der Verspätung des Castors bin ich erst später nach Berlin gekommen und habe die Begrüßung im Plenum und auch Gregors Blumenstrauß verpasst. In den folgenden Tagen hatte ich dann viele Sitzungen, meine erste Fraktionssitzung, die erste Arbeitskreis Sitzung und meine erste Sitzung als Stellvertretendes Mitglied im Gorleben Untersuchungsausschuss.



Johanna Voß kandidierte auf Platz 7 der niedersächsischen Landesliste und rückte jetzt für Herbert Schui in den Bundestag nach. Bild: amh

Welche Aufgaben hast du übernommen?

Im Untersuchungsausschuss zu Gorleben habe ich als Gast schon seit der Einsetzung mitgewirkt, nun kann ich stärker in die Planung und die Auswahl der Zeugen eingreifen.

Im Arbeitskreis 2 „Wirtschaft, Finanzen, Steuern, Energie und Umwelt“ der Fraktion kümmere ich mich um Energienetze, Post, Telekommunikation und solidarische Ökonomie – also gemeinschaftliches Wirtschaften jenseits der kapitalistischen Wachstumszwänge.

Was möchtest du nach der Legislatur sagen können?

Ich scheue mich nicht dorthin zu schauen, wo der Schuh drückt, und möchte den Kapitalismus an der Wurzel packen um auf zu zeigen, wie wir aus dem Wachstumszwang aussteigen können. Inzwischen geht der Leistungsgedanke schon so weit, dass sich Menschen nicht schämen, wenn sie fordern, Familien abzuschieben, wenn die Kinder schlechte Noten in der Schule haben. Das muss aufhören!

Weiter mit Links

Herbert Schui: Regime der Apathie ist vorbei

Die deutsche Demokratie hat mit der Linken fünf Parteien. Ihre Fraktion im Bundestag ist größer als die der Grünen. Es gibt DIE LINKE, weil der Souverän Volk sich



Herbert Schui gab sein Bundestagsmandat am 1. November 2010 ab. Seine Fachkenntnis und seine Art Politik zu machen bleiben der LINKEN erhalten. Die Redaktion wünscht Herbert alles Gute.

nicht mehr vertreten sieht von den anderen vier Parteien. Die Mehrheit des Volkes, das zeigen die Umfragen, will keinen Krieg in Afghanistan, keine Rente ab 67, keine Privatisierung der Bahn. Die Mehrheit des Bundestages aber ist dafür. Wer Mitglied der Linken ist, wer sie gewählt hat, hat mit dem Widerstand den Anfang gemacht. Mehr Demokratie, mehr Volksherrschaft, diese Forderung ist auch die Basis der Proteste gegen Stuttgart 21, gegen Atomkraft.

Das kann die Grünen in ein anderes Fahrwasser bringen und damit weitere Bewegung ins Parteienkartell. Das ahnt Kanzlerin Merkel. Deswegen hat sie die Grünen in ihrer Rede am 24. November heftig angegriffen. Aber welche Kanonaden es auch immer von der Koalition, von Welt und Bild gibt: Wir alle sind zuständig, wir sind verantwortlich für die Zeit, in der wir leben. Diese Verantwortung kann niemand an eine Regierung abtreten – auch wenn sie korrekt gewählt worden ist. Das Regime der Apathie und Resignation ist vorbei. Die Chancen stehen gut, den Mehltau der Regierung Kohl endlich loszuwerden, die maßlose Enttäuschung über Schröders Sozialdemokratie und Fischers Grüne hinter sich zu lassen, dem Krieg in Afghanistan ein Ende zu setzen – und ebenso dem Krieg im Inneren gegen den Sozialstaat, dem Krieg der Konzernlobby gegen die Demokratie.

Es ist also Bewegung in den Laden gekommen. DIE LINKE muss zeigen: Auf sie ist Verlass, wer bei ihr mitmacht, verpulvert seine Kraft nicht, sondern vervielfacht sie in gemeinsamer Anstrengung. DIE LINKE muss Vertrauen aufbauen. Das ist nicht einfach. Allemal haben die Parteien in den letzten Jahrzehnten viel Vertrauen missbraucht. Sie waren enttäuschend. DIE LINKE muss beweisen: Sie ist nicht die Partei der Ränkeschmiede, der Karrieristen, der geschmeidigen Höflinge. Sie will es anders. Sie kann es anders.

Fraktion unterstützt Protest



4000 Menschen demonstrierten am 26. November in Berlin gegen das Sparpaket genannte Kürzungspaket der Bundesregierung. Vor der namentlichen Abstimmung im Bundestag zog die Bundestagsfraktion aus dem Plenarsaal aus, um die Demonstration vor dem Brandenburger Tor zu

unterstützen. Gregor Gysi sagte bei der Auftaktkundgebung: „Im Bundeshaushalt 2011 geht es um eine grobe soziale Ungerechtigkeit und eine Verletzung der Demokratie. Wir haben uns in den letzten Jahren zu viel bieten lassen. Wir dürfen uns bestimmte Dinge nicht mehr bieten lassen.“

EU verleiht Menschenrechtspreis an Regierungsgegner Kubas

Entscheidung über „gemeinsamen Standpunkt“ gegen Kuba vertagt

Zum dritten Mal seit 2002 hat die EU im November den mit 50.000 Euro dotierten „Sacharow-Menschenrechtspreis“ des Europäischen Parlaments an Regierungsgegner in Kuba verliehen. Damit ließ es den

Entscheidung gegen Kuba aus. Die Europäische Union drängt Kuba darin zur Öffnung seiner Märkte, fordert einen Systemwechsel und spielt sich als Menschenrechtspolizei auf. Dem setzte Kubas Außenminister



Regierungsgegnern in Kuba mehr Aufmerksamkeit zuteil werden als tatsächliche oder vermeintliche Menschenrechtsaktivisten irgendeines anderen Landes. Der Verdacht drängt sich auf, dass die EU ihren Menschenrechtspreis auch dazu nutzt, unliebsame Staaten in ein schlechtes Licht zu rücken. Im Gegensatz dazu haben alle EU-Mitgliedstaaten bei der UN-Vollversammlung am 28.10.10 der Resolution „Notwendigkeit der Beendigung der Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade der Vereinigten Staaten von Amerika gegen Kuba“ zugestimmt. Nur die USA selbst und Israel votierten dagegen.

Dennoch gibt es nach wie vor den sogenannten „gemeinsamen“ Standpunkt der EU gegen Kuba. In diesem einzigen Papier dieser Art sprechen sich alle EU-Staaten in einer gemeinsamen Stellung-

Bruno Rodríguez auf der UNO-Vollversammlung erneut die brutale Politik gegen Immigranten in der EU, die Abschiebung von Minderheiten, die gewaltsame Unterdrückung von Demonstrationen und die zunehmende gesellschaftliche Ausgrenzung von Arbeitslosen und einkommensschwachen Schichten entgegen. Die Europäische Union träume, wenn sie glaube, dass die Beziehungen zu Kuba normalisiert werden könnten, ohne den „Gemeinsamen Standpunkt“ aufzuheben.

Auch die LINKE fordert seit langem die Aufhebung dieses Papiers, mit dem die EU ganz unverhohlen Druck auf die Souveränität eines Landes und dessen Bekenntnis zu einem alternativen Gesellschaftsmodell ausübt.

Quasi parallel zur Aufforderung an die USA, den Handelskrieg gegen Kuba zu be-

> Die LINKE in Europa

enden, haben die EU-Außenminister die Entscheidung über den „Gemeinsamen Standpunkt“ erneut vertagt, den Sacharow-Preis an einen Regierungsgegner des Landes verliehen und die EU-Kommission beauftragt, bis Dezember mit Kuba bilaterale Verhandlungen zu führen.

Die GUE/NGL (Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke) ist die einzige Fraktion im Europäischen Parlament, die den „Gemeinsamen Standpunkt“ ablehnt. Sabine Lösing, die Anfang November im Rahmen einer Delegationsreise der GUE/NGL Kuba besucht hat, berichtet, dass bei einem Treffen in Havanna mehrere Botschafter von Ländern der Europäischen Union ihre Ablehnung des Papiers deutlich zum Ausdruck gebracht haben. Bei zahlreichen Gesprächen mit Kubanerinnen und Kubanern konnte die Delegation der GUE/NGL mit ihrer ablehnenden Haltung zum „Gemeinsamen Standpunkt“ ihre Solidarität bekräftigen.

Filmtipp:

4 Freundinnen leben die kubanische Revolution

Nach dem Sieg der kubanischen Revolution schließen Angela, Elena, Ana und später Maria in der Sierra Maestra eine Freundschaft fürs Leben. „Zucker & Salz“ lässt die vier Damen ihre Lebensgeschichte und insbesondere den Werdegang einer Freundschaft von einem halben Jahrhundert erzählen.

Bestellung unter www.jungewelt-shop.de oder auszuleihen im Regionalbüro von Sabine Lösing, 0551/ 507 66 838

Lichtblick: Europäisches Parlament fordert mit großer Mehrheit die Rettung des Lebens von Mumia Abu-Jamal

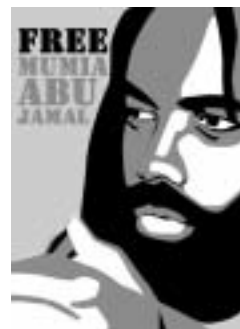
Am 7. Oktober hat das Europäische Parlament mit sehr großer Mehrheit einen Entschließungsantrag gegen die Todesstrafe angenommen, in dem Mumia Abu-Jamal namentlich genannt wurde. Sein Fall und die Praxis der Todesstrafe in den USA sind in der Debatte im Parlament in den Mittelpunkt gerückt worden.

Sabine Lösing, die maßgeblich an den Verhandlungen über die Resolution beteiligt war, wertete die Annahme des Antrags als großen Erfolg.

„Die Kommission und die Hohe Vertreterin Frau Ashton haben mit dieser Resolution einen klaren Auftrag bekommen: Sie wurden aufgefordert sich für das Leben von Mumia Abu-Jamal einzusetzen und für ein weltweites Moratorium mit dem Ziel der Abschaffung der Todesstrafe einzutreten. Ich werde daher von nun an in regelmäßigen Abständen die Kom-

mission und Frau Ashton fragen, ob sie den Auftrag auch tatsächlich erfüllen“, kündigte Lösing an.

In einer Anhörung vor dem 3. Bundesberufungsgericht in Philadelphia hatten die Verteidiger von Mumia Abu-Jamal die Umwandlung der Todesstrafe in lebenslange Haft gefordert. Die Entscheidung des Gerichts wird erst in einigen Monaten erwartet.



Den Nützlichkeitswahn des Systems entzaubern

Eike Schölgens wurde auf dem Parteitag der Linken in Emden in den Vorstand gewählt und vertritt dort die linksjugend [‘solid].

Was hat dich bewegt, in die Partei die LINKE und den Jugendverband zu kommen?
Politisch „geweckt“ wurde ich durch den Wahlkampf zur Bundestagswahl 2005 und die gute Vorarbeit, die damals ein engagierter Politiklehrer geleistet hat. Ich beschloss, mir alle politischen Jugendverbände anzusehen und landete dann zunächst beim Jugendverband, der damals noch [‘solid] – die sozialistische Jugend hieß, und der Grünen Jugend. Letztere verließ ich, weil ich die Kriegspolitik der Grünen auch nicht indirekt über den Jugendverband mittragen wollte. Ich engagierte mich weiter bei der Linksjugend [‘solid] und trat vor der Gründung der LINKEN in die Linkspartei.PDS ein. Um es kurz zu fassen, Wohlstand und Respekt sind die beiden Güter, die in unserer Gesellschaft und in der Welt extrem ungerecht verteilt sind. Das wollte und will ich ändern.

Was möchtest du im Landesvorstand umsetzen?

Wichtig ist, dass der Jugendverband in der innerparteilichen Wahrnehmung ei-

ne größere Rolle spielt. Bislang haben beide, bis auf einige positive Ausnahmen in den letzten Jahren, eher nebeneinander gearbeitet. Ich möchte darauf hinwirken, das zu ändern, ohne dass die organisatorische und inhaltliche Eigenständigkeit des Jugendverbandes unter die Räder kommt. Wir brauchen daher eine breite Diskussion über die bessere Anbindung von Basisgruppen der Linksjugend [‘solid] an Kreisverbände der LINKEN und eine dauerhafte Pflege des Austausches zwischen den Landesgremien. Der Kommunalwahlkampf wird eine Gelegenheit sein, die Vernetzung in der Praxis zu testen.

Wie fandest du die erste Sitzung?

Es war einerseits schön zu sehen, was für kluge und eloquente Menschen unsere Landespartei vertreten, andererseits war der Umstand, dass – diplomatisch formuliert – niemand beim Reden zu kurz kommen wollte, manchmal ein bisschen anstrengend. Ansonsten hoffe ich, dass das Diskussions- und Arbeitsklima auch in schwierigeren Zeiten freundlich und solidarisch bleibt.

Was wünschst du dir von der Partei?

Dass die Parteimitglieder sich zumindest in einer Frage eine dicke Scheibe von der Linksjugend [‘solid] Niedersachsen abschneiden: Teamwork und Fairness. Versucht, freundlich zu kritisieren und Kritik freundlicher aufzunehmen. Und wenn ihr jemanden persönlich nicht riechen könnt: reißt euch gefälligst zusammen! Wahrscheinlich wollt ihr dasselbe erreichen wie er oder sie. Und mit Blick auf die zweite Frage: nehmt eure jüngeren GenossInnen und PartnerInnen vom Jugendverband ernst, bindet sie in die Arbeit ein, wenn sie wollen.

Was möchtest du sagen können, wenn deine Zeit im Landesvorstand vorbei ist?

Dass der Jugendverband nach Innen und nach Außen gestärkt aus dieser Zeit hervorgeht und dass ein tolles Kommunal- und Landtagswahlergebnis dazu beigetragen hat, dass die, die immer als „kleine Leute“ bezeichnet werden, aber jeden Tag Größeres leisten als die meisten Politiker und Manager zusammen, ihren Standpunkt besser durchsetzen können und den Nützlichkeitswahn, den dieses System jeden Tag produziert, entzaubern.

Auszeit auf Burg Luther

Beinahe 40 [‘solid]’s fielen vom 21.-24. Oktober über die anarchistische Kommune „Burg Lutter“ in der Nähe von Goslar her, um miteinander in Workshops zu diskutieren, zusammen zu feiern und den kapitalistischen Lebensrealitäten für ein Wochenende eine Auszeit zu geben. Während ein prall gefüllter Workshop-Plan, Holz hacken und Essen kochen tagsüber für ausreichend Beschäftigung sorgten, konnten die Nachtschwärmer unter uns mit „rosa Rauschen“ und Musik aus der Konserve bis zum Morgen grauen feiern. Von praktischem Demotraining bis zur eingehenden Diskussion über die Atomkraft- Problematik deckten die Workshops ein breites Feld ab. Am Ende dieses Wochenendes, organisiert vom Landesverband Hessen und Niedersachsen, bleiben uns schöne Erinnerungen, neue Bekanntschaften und der Wunsch nach der nächsten Auszeit – bis nächstes Jahr!

Castor? Geschottert!

Unter den vielfältigen Widerstandsaktionen gegen den diesjährigen Castortransport nach Gorleben erfuhr das Schottern im Vorfeld besondere Aufmerksamkeit: Die Staatsanwaltschaft Lüneburg ermittelt gegen über 1.700 UnterzeichnerInnen der Absichtserklärung, selbst die Bundeskanzlerin sah sich genötigt, vor diesem Akt des zivilen Ungehorsams persönlich zu warnen. Wohl eher auch wegen als trotz aller Kriminalisierungsversuche im Vorfeld entfaltete die Absicht, nach erfolgreichen Massenblockaden wie gegen den G8-Gipfel 2007 oder den Naziaufmarsch in Dresden im Frühjahr mit dem „Schottern“ einen Schritt weiter zu gehen, das Gleisbett zu unterhöhlen und auch den Vorwurf einer Straftat hinzunehmen, eine breite Wirkung. Mehrere tausend AktivistInnen zogen am 7.11. gemeinsam zu den Schienen und ließen sich auch von brutalster Polizeigewalt,

Beschuss mit Tränengasgranaten, Pfefferspray und massiven Knüppeleien nicht davon abhalten, immer wieder zu den Gleisen vorzustoßen. Auch, wenn SchotteraktivistInnen oft wieder schnell vertrieben wurden: Der Aktion ist es gelungen, einen treffenden Ausdruck für die Entschlossenheit der Antiatombewegung zu finden und im Verbund mit Sitzblockaden, den BäuerInnen im Wendland und weiteren kreativen Aktionen die Polizei an die Grenzen ihrer Kapazität zu bringen. Erstmals verwehrte sich auch die Gewerkschaft der Polizei deutlich dagegen, die unverantwortliche Atompolitik der Bundesregierung weiter durchzuprügeln.

Und bei den Atommülltransporten im Dezember sowie im Wendland im nächsten Jahr wird der Widerstand weitergehen – denn kein Weiterbetrieb der Atomanlagen ist konsensfähig!

Felix Pithan

„Wo kriegen wir nur die Weiber her?!“

von Dr. Marlene Neuber und Heidrun Tannenberg

Im April des Wahljahres 2004 in Sachsen-Anhalt schickte Heidrun Tannenberg im Auftrag der Lisa eine Anfrage zur Quotierung der Wahllisten an Funktionsträger der PDS in Städten und Landkreisen. Uns bewegte die Sorge, dass man dort auf die statuarische Verpflichtung zur Frauenquote ähnlich reagieren könnte, wie alljährlich der Winterdienst auf den ersten Schnee: total überrascht und viel zu spät. Die Antwortschreiben fielen insgesamt mager aus.

Erfreulicherweise akzeptierten 68 % der Befragten Quotierung als „Instrument zur Gleichstellung von Frauen“. Gleichzeitig verwiesen jedoch fast die Hälfte davon auf die Schwierigkeit ihrer Realisierung. Scheut sich also ein größerer Teil der Frauen vor politischer Verantwortung? Fehlt ihnen entsprechende Kompetenz, wird sie ihnen nicht zugetraut? Haben Frauen grundsätzlich mehr Hemmungen, öffentlich aufzutreten? Widerstrebt ihnen die herkömmliche Versammlungs- und

> Wir Frauen

fragten am häufigsten persönliche Entfaltungsmöglichkeiten. Dem stehen jedoch ein großer Zeitaufwand und mangelnde Vereinbarkeit mit beruflichen Pflichten eher bei Männern sowie mit familiären Aufgaben bei Frauen entgegen.

Es fällt auf, dass trotz schwieriger Vereinbarkeit ihres politischen Engagements mit familiären Belastungen bei Frauen mehrheitlich keine häufigere Abwesenheit bei Veranstaltungen festgestellt wurde. Gleichfalls glaubten 67 % der Befragten, dass ihre Mitstreiterinnen übernommene Aufgaben ernster nehmen, und 77 % schrieben ihnen gar das Einbringen neuer Sichtweisen zu. Darüber hinaus bewertete mehr als die Hälfte der Frauen die eigene Arbeit als sachorientierter, sich selbst als kompromissbereiter und meinte, Gesprächsverläufe konstruktiver zu beeinflussen.

Schließlich fanden die meisten Männer wie Frauen, dass letztere sich weniger politische Kompetenz zutrauen. Zählen wir doch an dieser Stelle die Gebiete auf, wo laut Studie bei Frauen sogar eine höhere Kompetenz angenommen wird! Das betrifft: Kinder- und Jugendpolitik, Gleichstellungspolitik und Familienpolitik. Aber auch in der Bildungs-, der Gesundheits- und der Ausländerpolitik neigten die Befragten eher dazu, den Frauen mehr Kompetenz zuzutrauen.



Auf Antrag von Jutta Meyer-Siebert kam es zum unterbrechenden Frauenplenum auf dem Parteitag in Emden: Eine Viertelstunde Beratungszeit blieb den Frauen zum Prüfen der Beschlusslage. Es gab Unverständnis: Warum wird vom Parteitag nicht extra Geld für einen Frauenwahlkampf genehmigt? Wir brauchen doch Frauen in der Partei und in den Rathäusern für uns. Wurde der Antrag des Frauenplenums nicht richtig verstanden? Der Antrag wurde auch in der wiederholten Abstimmung erneut abgelehnt. Und nun? Wie erreichen wir die Frauen als Kandidatinnen und WählerInnen? Das ist selbstaufgelegte Aufgabe der ganzen Partei, nicht nur der Frauen. Nanni Rietz-Heering, Gastdelegierte Lisa Niedersachsen leitete das unterbrechende Frauenplenum.

Foto: Sabrina Vache

Wir reagierten darauf zunächst mit dem Artikel „Wo kriegen wir bloß die Weiber her?!“ im PDS-Magazin „klartext“ und setzten uns darin mit der angeblichen Kandidierunwilligkeit von Frauen auseinander. Da auch hierauf kaum ein Echo erfolgte, gaben wir eine Studie mit dem Titel „Mehr Mandatsträgerinnen in die Kommunalpolitik“ beim FOKUS-Institut Halle e.V. in Auftrag. Darin sollten durch eine repräsentative Befragung engagierter BürgerInnen unsere Vermutungen über die Ursachen der Zurückhaltung von Frauen bestätigt oder auch widerlegt werden.

Streitkultur? Die Studie gab darauf einige Antworten.

FRAUEN IN DER KOMMUNALPOLITIK

So zeigte sich, dass Frauen wie Männer in der kommunalen Politik aktiv sind, wobei sich Frauen vorrangig im sozialen Bereich, Männer auf wirtschaftlichem Gebiet engagieren. Ferner arbeiten Frauen häufiger in politischen Vereinen und Initiativen mit, während Männer eher an Partei- und Gewerkschaftsaktivitäten beteiligt sind. Als Motiv für ihr Engagement nannten die Be-

WIR BRAUCHEN FRAUENGESICHTER

Dagegen ist nicht zu leugnen: Frauen brauchen mehr Zeit. Sie brauchen Zeit, um die Übernahme eines größeren Aufgabenkreises mit der Familie abzustimmen. Sie brauchen Zeit, um mehr Informationen aufzunehmen und sich auf diese Weise nicht nur sachkundig zu machen, sondern auch sachkundig zu fühlen. Dazu reicht der in der Studie am häufigsten genannte Anfragezeitpunkt mit weniger als sechs Monaten vor der Wahl, mitunter mitten im Wahlkampf, eben nicht aus, zumal Frauen es spüren, wenn sie in „letzter Minute“ nur wegen der Quote angesprochen werden. Wichtig sind außerdem die Berücksichtigung familiärer Belastungen und eine konsensorientierte Versammlungs- und Streitkultur, die „Hahnenkämpfe“ ausschließt und gute Leistungen anerkennt, bevor Fehler in Grund und Boden verdammt werden.

> Termine

11.12.2010 ab 11:00 Uhr

Sitzung der LAG Soziales
Weserschlosschen, Mühlenstraße 20,
31582 Nienburg

11./12.12.2010

Rosa Luxemburg Stiftung
Seminar „Politische Ökonomie des
Sozialismus“, HVHS Springe,
Kurt-Schumacher-Str. 5, 31832 Springe

11.12.2010 ab 13:00 Uhr

Auftakt-Großdemonstration gegen Castor
Marktplatz, Greifswald

11.12.2010

Großdemonstration gegen Stuttgart 21
Stuttgart

21.12.2010 17:00 – 19:00 Uhr

Sprechstunde mit Gesine Löttsch
Karl-Liebnecht-Haus, Kleine Alexander-
straße 28, 10178 Berlin

09.01.2011

Rosa Luxemburg- Karl Liebnecht-Ehrung
Berlin-Friedrichsfelde

22.01.2010

Seminar „Einführung in die Programmde-
batte“, Gaststätte Friemann, Hauptstraße
76, 49457 Drebber

05.02.2011

Sitzung der Landesbildungskommission
Hannover

05.02.2011

Sitzung des Bundesausschusses Berlin

*Klaus Ernst besucht am 19.11. die Atlas
Maschinenbau GmbH in Delmenhorst. 650
Beschäftigte in den Atlas-Werken Gander-
kese, Delmenhorst und Vechta streikten
dort seit Wochen für einen Tarifvertrag.
Eine Spendensammlung auf dem Landes-
parteitag brachte 1000,- Euro für die
Streikkasse ein. In der Nacht vom 25. zum
26. November einigte sich der Alleineigen-
tümer mit dem Gesamtbetriebsrat, der das
Verhandlungsmandat von der IG Metall
übertragen bekommen hatte. Das Verhand-
lungsergebnis ist eine Gesamtzusage an
die Arbeitnehmer, der Bedingungen wie ein
Tarifvertrag enthält.*

Landesmitgliederversammlung

Die Linksjugend [solid] Niedersachsen

lädt alle unter 35-jährigen MitgliederInnen
der Partei zur nächsten Landesmitgliederver-
sammlung ein. Sie findet vom 14. - 16.
Jan. 2011 im Freizeitheim Nazareth (Am
Höllenberg 1, 21271 Hanstedt i. d. Nord-
heide) statt. Unter dem Motto „No Nazis
2011“ wird der Schwerpunkt Antifaschis-
mus und die Naziaufmärsche in Dresden,
Braunschweig und Bad Nenndorf sein.

FREITAG:

ab 16:00 Anreise
18:00 Abendbrot
19:00 Begrüßungsplenum
20:00 Filmabend und Diskussion

SAMSTAG:

8:30 Frühstück
10:00 Plenum
10:30 Workshops
12:30 Mittagessen
13:30 Workshops
15:30 Kaffee und Kuchen
16:00 Eröffnung der Landesmitgliederver-
sammlung
- Konstituierung der Landesmitgliederver-

sammlung

- Beschluss der Geschäfts- und Wahlord-
nung
- Wahl der Tagungsleitung, Mandatsprü-
fungs- und Antragskommission
- Beschluss der Tagesordnung
- Bericht des LandessprecherInnenrat
- Antragsbehandlung
19:30 Abendbrot
21:00 Party

SONNTAG:

9:00 Frühstück
10:00 Wahlen
- Wahl der Delegierten für den Bundes-
kongress
- Nachwahlen zum LandessprecherInnen-
rat
- Nachwahl einer stellvertretenden Dele-
gierten für den Länderrat
12:30 Mittagessen
13:30 Electro-Afterhour-Aufräumparty
ab 14:00 Abreise

ANMELDUNGEN BITTE BIS ZUM

5. JANUAR 2011 AN

LMV@SOLID-NIEDERSACHSEN.DE



> IMPRESSUM

Herausgeber: DIE LINKE Landesvorstand
Niedersachsen

Redaktion:

Titelseite: Ralf Jürgens

Schwerpunkt: Ralf Jürgens, Nanni Rietz Heering

Landtag: Christian Degener

Landesverband, LAG, Kreisverbände, Termine:
Blanka Seelgen

Landesverband, Frauen: Nanni Rietz-Heering

Kommunalpolitik: Ralf Jürgens, Carlo Bleichert

Bundestag: Herbert Behrens

Jugend: Philipp Zimmermann

Europa und Produktion: Elke Höher

V.i.S.d.P.: Herbert Behrens

Redaktionsanschrift: LINKESFORUM, DIE LINKE.
Niedersachsen, Goseriende 8, Große Düwelstr. 28,
30159 Hannover,
E-Mail: linkesforum-nds@dielinke-nds.de

Layout, Druck und Vertrieb: GNN-Verlag GmbH,
Venloer Straße 440 (Toskana-Passage), 50825
Köln, Tel.: 0221-21 16 58, Fax: 0221-21 53 73,
Mail: gnn-koeln@netcologne.de

LAG Rechtsextremismus/Antifaschismus

Extremismus-Debatte – Neuer SprecherInnenrat – Homepage

Wichtige Ereignisse der vergangenen Sitzung der LAG Rechtsextremismus/Antifaschismus: Es referierte diesmal ein Genosse aus Berlin zum Thema „Extremismus“.

Mehrere Anträge wurden einstimmig beschlossen, u.a. der Antrag an den Landesparteitag: „Resolution: Antifaschismus ist Grundpfeiler unserer Politik“.

In den neugewählten SprecherInnenrat wurden gewählt: Carlo Bleichert (KV Northeim), Sabine Golczyk (KV Holzminnen), Manfred Kays (KV Braunschweig),

Nils Merten (KV Wolfsburg).

Seit kurzem ist die Landesarbeitsgemeinschaft mit einer eigenen Homepage präsent, sie lautet: www.lag-antifa-nds.de, sowie mit einer eigenen Seite bei Facebook: www.facebook.com/profile.php?id=100001287584422#!/pages/LAG-Antifa-Niedersachsen/163236557044700. Schaut Euch beides mal an, dort erfahrt Ihr mehr über die LAG und über das Thema antifaschistisches Handeln in Niedersachsen und darüber hinaus.

bca

LAG Landwirtschaft

Freude über das Urteil des BVG zum Gentechnikgesetz

Wenn es jemals eine schallende Ohrfeige für einen deutschen Minister gegeben hat, dann war es die, welche Rainer Brüderle am Mittwoch vom Bundesgerichtshof einstecken musste. Mit großem Tamtam, begleitet von Presse, Funk und Fernsehen, trat er noch am 1. September auf Geheiß von BASF an, um im mecklenburgischen Zepkow die Ernte der Gen-Kartoffel „Amflora“ zu eröffnen. Und jetzt das!!!! Seine Lobrede auf die Gentechnik wird ihm am Mittwoch wohl im Halse steckengeblieben sein. Sie wurde von den Richtern indirekt als das entlarvt, was sie in Wirklichkeit war – Lobbyarbeit für den Ludwigshafener Chemiemulti.

Nun haben sie es schriftlich, die Damen und Herren von BASF, KWS, Monsan-

to und Bayer, und zwar höchstrichterlich – Gentechnik gefährdet das Gemeinwohl und „greift in die elementaren Strukturen des Lebens ein“. Zu diesem Richterspruch gratuliert die LAG Landwirtschaft dem BVG! Zum ersten Mal in seiner Geschichte stellt es sowohl die Natur als auch die Gesundheit der Menschen eindeutig über die Profitinteressen der Industrie. Das ist ein Quantensprung in der deutschen Rechtsprechung und lässt hoffen – wenn es in Zukunft darum geht, ob Massentierhaltung in der heutigen Form, mit dem Verfüttern von Gengetreide, zulässig ist oder der Salzstock in Gorleben weiter als Atomklo missbraucht werden darf. Wir dürfen gespannt sein.

Michael Huffer

LAG Brauereikultur

Die Politik mit Geselligkeit verbinden

Auf dem Emdener Landesparteitag gründete sich als weiterer Zusammenschluss unserer Landespartei die LAG Brauereikultur. Damit findet die politische Auseinandersetzung mit den kapitalistischen Gesetzen auf die Brauereien nun auch in Niedersachsen statt. Entsprechende LAG'en gründeten sich bereits im Saarland, in Berlin und in Bremen.

„Wir wollen die Funktionsweise des real-existierenden Kapitalismus im Bereich der Brauereien nachvollziehen“,

heißt es in der Gründungserklärung der LAG.. „Während es in den 60er- und 70er Jahren noch in jeder kleinen Stadt mindestens eine Brauerei gegeben hat, wurden viele in einem gnadenlosen Prozess aufgefressen. Und heute sind auch die Großbrauereien nicht mehr sicher.“

Die LAG Brauerei wird sich allerdings auch mit der Situation der Wirte und Fragen des VerbraucherInnenschutzes auseinandersetzen. Denn dem deutschen Reinheitsgebot steht nicht entgegen, dass

> aus den LAGs

LiMA 2011 „Grenzenlos“

Mit mehr als 950 Teilnehmern war die 7. Akademie für Journalismus, Medienkompetenz, Bürgermedien und Öffentlichkeitsarbeit einer der größten Medienkongresse im Jahr 2010. Die Akademie bot an ihren vier Tagen ein Programm von mehr als 672 Stunden an.

Das Angebot soll für 2011 durch einen Aufruf zur Mitwirkung weiter verbessert werden. Workshops können von Textwerkstätten über Fotokurse bis hin zu PR- und Rhetoriktrainings angeboten werden – vor allem innovative Weiterbildungsformate zum Motto „Grenzenlos“ sind gefragt: Denn die Grenzen zwischen den verschiedenen Mediengattungen verschwinden zunehmend, zudem tragen die neuen Medien auch dazu bei, dass Nationen und Kulturen weltweit zusammenwachsen.

Das LiMa-Team hofft auf eine möglichst große Beiteilung, damit der Kongress wirklich Grenzenlos wird.



Biere heute 2 Jahre haltbar gemacht werden.

Die LAG Brauereikultur wird die politische Auseinandersetzung mit diesen Themen suchen. Nicht nur in verräuchten Hinterzimmern, sondern auch auf Exkursionen oder Fachvorträgen mit ExpertInnen. Wir wollen eine Mischung aus Politik und Geselligkeit anbieten. Beitrittswillige Mitglieder können sich per Email an Bernd Mex () wenden.

Bernd Mex

DIE LINKE. KV-Adressen in Niedersachsen

Abkürzungen: KV = Kreisverband, LV = Landesverband, LAG = Landesarbeitsgemeinschaft

DIE LINKE.Niedersachsen

Landesverband und Landesvorstand
Goseriede 8, 30159 Hannover,
Tel (0511) 9 24 59 10, Fax (0511) 9 24 59 11,
Mail: landesbuero@dielinke-nds.de
www.dielinke-nds.de
Geschäftszeit: Mo.-Fr. von 11.00 - 15.00 Uhr
Konto: 590 606, Sparkasse Hannover, BLZ: 250 501 80

Landesausschuss (über LV)

Landesschiedskommission (über LV)

Landesinfo-Redaktion

Mail: linkesforum-nds@dielinke-nds.de

DIE LINKE. in den Kommunalparlamenten

Kommunalpolitisches Forum Niedersachsen
www.kommunalpolitischesforum-nds.de

KV Aurich

Marktstr. 19, 26603 Aurich, Tel (04941) 9 73 78 60
Mail: kreisvorstand@dielinke-aurich.de

KV Braunschweig

Güldenstr. 6, 38100 Braunschweig,
Tel+Fax (0531) 4 80 37 22, Mail: kontakt@die-linke-bs.de

KV Celle

Neustadt 25, 29225 Celle,
Tel (05141) 9 01 30 40, Mail: mail@lehrs.de

KV Cloppenburg

Michael von Klitzing, Iltisstr. 8, 49661 Cloppenburg,
Tel (04471) 35 40, Mail: michael@klitzing.de

KV Cuxhaven

Große Hardewiek 1, 27472 Cuxhaven,
Tel (04721) 43 76 34, Mail: dietmar.michalke@gmx.de

KV Delmenhorst

Jörg Dombrowe, Postfach 1241, 27732 Delmenhorst,
Tel (04221) 6 11 60,
Mail: vorstand@dielinke-delmenhorst.de

KV Diepholz

Ulrike Lampa-Aufderheide, Schloßweide 45,
27305 Bruchhausen-Vilsen, Tel (04252) 9 38 92 08
Mail: info@dielinke-dh.de

KV Emden

Ingrid Deppe, Brückstr. 4, 26725 Emden,
Tel (04921) 99 00 61, Mail: ingrid.deppe@web.de

KV Emsland

Gerhard Schipmann, Schwarzenbergweg 27,
26871 Papenburg, Tel (04961) 76 89 84,
Mail: gerhard.schipmann1@ewetel.net

KV Friesland

Anja Kindo, Plaggestr. 35, 26419 Schortens,
Tel (04461) 7 45 78 34,
Mail: anja.kindo@dielinke-friesland.de

KV Gifhorn

Marion Köllner, Maurerstr. 7, 38518 Gifhorn,
Tel (0170) 3 36 98 27, Mail: marion0906@gmx.de

KV Göttingen

Rotes Zentrum, Geismar Landstr. 6, 37083 Göttingen,
Tel (0551) 7 70 80 04, Mail: kv@dielinke-goettingen.de

KV Goslar

Michael Ohse, Tulpenweg 6, 38640 Goslar,
Tel (05321) 30 34 54, Mail: dielinke-goslar@gmx.de

KV Hameln-Pyrmont

Domeierstr. 6, 31785 Hameln,
Tel (05151) 9 96 47 78, Mail: dielinke-hm-py@gmx.de

KV Hannover

Goseriede 8, 30159 Hannover,
Tel (0511) 44 40 19, Fax (0511) 44 40 29,
Mail: vorstand@die-linke-region-hannover.de

KV Harburg-Land

Bahnhofstr. 8, 21423 Winsen/Luhe,
Mail: kv@dielinke-harburg-land.de

KV Helmstedt

Postfach 1422 38350 Helmstedt,
Tel (05351) 53 60 54, Mail: die-linke-helmstedt@gmx.de

KV Hildesheim

Horst Jeske, Hinter dem Bernwardshof 9,
31137 Hildesheim, Tel (05121) 2 89 92 53
Mail: vorstand@die-linke-hildesheim.de

KV Holzminden

(über Landesverband)

KV Leer

Ursula Stevens-Kimpel, Logaer Weg 32,
26789 Leer, Tel (0491) 9 12 04 56,
Mail: stevens-kimpel@dielinke-leer.de

KV Lüchow-Dannenberg

Marschtorstr. 57, 29451 Dannenberg,
Tel (05861) 98 65 43,
Mail: kontakt@die-linke-wendland.de

KV Lüneburg

Martin Nass, Katharinenring 17,
21409 Embsen, Tel (04134) 90 74 02,
Mail: dielinke-lueneburg@gmx.de

KV Nienburg

Viktoria Kretschmer, Stuttgarter Str. 21,
31582 Nienburg, Tel (05021) 92 06 66
Mail: vika@viktoria-kretschmer.de

KV Northeim

Rainer Hamann, Anne-Frank-Str. 12, 37574 Einbeck,
Tel (05461) 86 85, Mail: rainer.hamann@tele2.de

KV Oldenburg

Kaiserstr.19, 26122 Oldenburg, Tel (0441) 8 61 62,
Fax (0441) 8 62 09, Mail: kontakt@die-linke-oldenburg.de

KV Oldenburg-Land

Holger Gerdes, Bulder-Berg-Weg 12, 26209
Hatten, Tel (04482) 98 00 63, Fax (04482)
98 08 64, Mail: info@dielinke-oldenburg-land.de

KV Osnabrück

Johannisstr. 12, 49074 Osnabrück, Tel (0541) 75 04 96 76,
Fax (0541) 75 04 96 74, Mail: info@dielinke-osnabrueck.de

KV Osterholz

Marktplatz 8, 27711 Osterholz-Scharmbeck,
Tel (04791) 9 65 25 47, Mail: info@die-linke-ohz.de

KV Osterode

Ilyas Cangöz, Grubenhagenstr. 2, 37412 Herzberg, Tel
(05521) 99 98 62, Mail: ilyas.cangoez@dielinke-osterode.de

KV Peine

Lindenstr. 34, 31224 Peine,
Tel (05171) 73 92 66 60, Mail: info@die-linke-peine.de

KV Rotenburg/Wümme

Werner Graf von Soden-Fraunhofen, Große Flage 3,
27432 Bremervörde, Tel (04761) 7 22 70,
Mail: vorstand@die-linke-rotenburg.de

KV Salzgitter

Berliner Str. 49, 38226 Salzgitter,
Tel (05341) 7 90 56 50, Mail: linkesz@googlemail.com

KV Schaumburg

Sören Hartmann, Auf der Landmark 6, 31737 Rinteln,
Tel (0176) 63 00 05 48, Mail: xindios@hotmail.com

KV Soltau-Fallingb.ostel

Wilhelmstr. 12 a, 29614 Soltau, Tel (05191) 97 99 33,
Mail: info@dielinke-sfa.de

KV Stade

Benjamin Koch-Böhnke, Hastedstr. 19, 21614 Buxtehude,
Tel (04161) 75 88 93, Mail: email@benjaminboehnke.de

KV Uelzen

Corinna Kammermeier, Breite Str. 1, 29594 Soltendieck,
Tel (05842) 98 18 70, Mail: cora@biotop-muessingen.de

KV Vechta

Markus Schalk, Gastruper Str. 9, 49424 Goldenstedt,
Tel (04444) 95 94 51, Mail: mschalk-dielinke@web.de

KV Verden

Bernward Nüttgens, Drübbler 4, 27313 Dörverden,
Tel (04234) 9 40 56, mail@druebberholz.de

KV Wesermarsch

Francis Hope, Bernhardstr. 7, 26954 Nordenham,
Tel (04731) 71 44,
Mail: francis.hope@dielinke-wesermarsch.de

KV Wilhelmshaven

Anette Nowak, Hermannstr. 1, 26384 Wilhelmshaven,
Tel (04421) 30 19 20, Mail: info@dielinke-whv.de

KV Wittmund

Bernd Mayer, Ginsterweg 5, 26487 Neuschoo,
Tel (04975) 77 96 91, Mail: eoipso_bernd_mayer@gmx.net

KV Wolfenbüttel

Fischerstr. 19b, 38300 Wolfenbüttel,
Tel (05331) 7 10 70 06, Mail: info@dielinke-wf.de

KV Wolfsburg

Laagbergstr. 65, 38440 Wolfsburg, Tel (05361) 8 91 73 78,
Fax (05361) 8 91 73 79, Mail: kontakt@die-linke-wob.de

Landesarbeitsgemeinschaften

LAG Landwirtschaft, Ernährung & Verbraucherschutz

Michael Huffer, michael.huffer@die-linke-hildesheim.de
www.lag-lev.dielinke-nds.de

LAG Grundeinkommen

Michael Höntsch/Willi Lüpkes, willi.luepkes@also-zentrum.de

LAG Bildungspolitik

Maren Kaminski/Anja Kindo, marenkaminski@web.de

LAG Kultur

Arnfred Stoppok, arnfred.stoppok@gmx.de

LAG Rote Reporter/Medien

Hartmut Rosch, hartmut.rosch@ewetel.net

LAG Inneres und Recht

Robert Menger/Dr. Rolf Geffken, info@drgeffken.net

Lisa

Rosemarie Heims, info@ra-heims.de

LAG Wirtschaftspolitik

Ulrich Steinmeyer, info@ulrichsteinmeyer.de

LAG Linke selbstbestimmte Behindertenpolitik

Uwe Wypior, u.wypior@web.de

LAG Ökologische Plattform

Rolf Köhne

LAG Linke Unternehmerinnen und Unternehmer

Joachim Sturm, joachim.sturm@gmail.com

LAG Soziales

Brigitte Schmechel, brigitte.schmechel@osnanet.de

LAG Konkrete Demokratie, soziale Befreiung

Michael Ohse, sms.ohse@t-online.de

LAG Umwelt - Energie - Verkehr

Anke Schneider, umwelt-lp-nds@t-online.de

LAG Antifaschismus/Rechtsextremismus

Carlo Bleichert, carlo.bleichert@t-online.de
http://www.lag-antifa-nds.de/

LAG Asyl, Migration, Rassismus

Franziska Wöckel/Christopher Cheeseman
franzi@die-linke-oldenburg.de

LAG Betrieb und Gewerkschaft

Manfred Kays, ManfredKays@googlemail.com
http://www.betriebundgewerkschaft-niedersachsen.de/

LAG Senioren

Hannelore Profus, h-profus@t-online.de

Strömungen:

Antikapitalistische Linke

Sabine Lösing, sabine.loesing@web.de

Geraer Dialog/Sozialistischer Dialog

Andreas Schlegel/Jens Speckenbach
sozialist@dielinke-wtm.de
http://www.sozialistischer-dialog.de/

Kommunistische Plattform

Dieter Vogel, roter_vogel@t-online.de

Forum Demokratischer Sozialismus

Susanne Koch, kontakt@fds-niedersachsen.de
www.fds-niedersachsen.de

Sozialistische Linke

Marianne König, mariannekoenigde@t-online.de

parteinaher Einrichtungen:

Linksjugend [solid] Niedersachsen

Marcello Sorrentino, landesbuero@solid-niedersachsen.de

Rosa Luxemburg Stiftung Niedersachsen e.V.

Bärbel Reissmann, reissmann@rosalux.de